

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Donnerstag, 21. September 1989

Nr.182 (6 060)

Preis 3 Kopeken

Informationsmitteilung über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 19. September 1989 begann das fällige Plenum des Zentralkomitees der KPdSU seine Arbeit. Zur Erörterung des Plenums wurden folgende Fragen unterbreitet:

1. Über die Einberufung des turnusmäßigen XXVIII. Parteitag der KPdSU.
 2. Über die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen.
- Zu der ersten Frage nahm das Plenum den Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow entgegen und faßte einen diesbezüglichen Beschluß, die in der Presse veröffentlicht werden.
- Zu der zweiten Frage „Über die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen“ nahm das Plenum den Bericht des Generalsekretärs

des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow entgegen. (Er wird in der Presse veröffentlicht).

Die Plenumsteilnehmer bekamen Materialien mit verallgemeinerten Vorschlägen und Bemerkungen verteilt, die im Laufe der Erörterung des Entwurfs der KPdSU-Plattform von den Parteikomitees, Kommunisten, staatlichen und Massenorganisationen, von den Wissenschaftlern zu Problemen der zwischennationalen Beziehungen eingetroffen sind, sowie Übersichten der Briefe von Werktätigen zu diesen Fragen und eine Reihe von Auskunftsmaterialien.

In den Debatten ergriffen das Wort: R. Ch. Chabibullin — Erster Sekretär des

Baschkirischen Gebietskomitees der KPdSU, J. J. Sokolow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Belorußlands, A. M. Massalijew — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kirgisiens, J. N. Jeltschenko — Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, N. A. Nasarbajew — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, J. S. Karabassow — Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU, J. N. Prokopjew — Erster Sekretär des Jakutischen Gebietskomitees der KPdSU, R. N. Nischanow — Vorsitzender des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der UdSSR, V. G. Afanasjew — Chefredakteur der Zeitung „Prawda“, V. I. Worotnikow — Vorsitzender des Prä-

sidiums des Obersten Sowjets der RSFSR, G. G. Gumbaridse — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens, W. I. Potapow — Erster Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Irkutsk, A.-M. K. Brazauskas — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Litauens, J. D. Masljukow — Erster Stellvertreter Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, S. G. Arutjunjan — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Armeniens, A. N. Girenko — Erster Sekretär des Krimer Gebietskomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine, B. I. Olejnik — Schriftsteller, Stellvertreter Vorsitzender des Nationalitätensowjets des Obersten Sowjets der

UdSSR, S. K. Grossu — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Moldawiens, V. I. Válas — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Estlands, S. A. Nijasow — Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Turkmens, D. G. Sawgajew — Erster Sekretär des Tschetschenisch-Inguschischen Gebietskomitees der KPdSU.

Auf dem Plenum wurde eine Redaktionskommission zur Nacharbeitung des Entwurfs der KPdSU-Plattform „Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen“ und zur Vorbereitung des Beschlusses des Plenums zur erörterten Frage gebildet.

Am 20. September hat das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit fortgesetzt.

Beschluß des Plenums des Zentralkomitees der KPdSU vom 19. September 1989

Über die Einberufung des turnusmäßigen XXVIII. Parteitag der KPdSU

- I. Der turnusmäßige XXVIII. Parteitag der KPdSU soll im Oktober 1990 einberufen werden.
 - II. Es ist folgende Tagesordnung zu bestätigen:
 1. Über den Verlauf der Umgestaltung und die Aufgaben der Partei. Bericht des Zentralkomitees der KPdSU.
 2. Bericht der Zentralen Revisionskommission der KPdSU.
 3. Über das Statut der KPdSU.
 4. Wahlen der zentralen Organe der Partei.
- III. Das Politbüro des ZK der KPdSU mit der Vorbereitung von Vorschlägen über die Termine der Durchführung der Wahlberichts-kampagne im Vorfeld des Parteitages, über die Vertretungsquote und Wahlordnung der Delegierten des Parteitages zu beauftragen und sie dem Plenum des ZK zur Erörterung zu unterbreiten.

Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. GORBATSCHOW auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 19. September 1989

Genossen!
Wie Ihnen bekannt ist, wird in der Partei heute über die Einberufung des Parteitages der KPdSU diskutiert. Dabei werden unterschiedliche Meinungen sowohl über den Zeitpunkt seiner Durchführung als auch über Charakter und Tagesordnung geäußert. Einerseits ist von einem außerordentlichen, sogar einem Sonderparteitag die Rede, andererseits von einer Vorverlegung des ordentlichen XXVIII. Parteitages. Es gibt auch Meinungen, daß überhaupt nichts verändert werden muß und der Parteitag zum normalen Zeitpunkt durchgeführt werden sollte.

In der Gesellschaft besteht großes Interesse an dieser Frage. Das ist ein überzeugender Beweis dafür, daß unser Volk versteht, welche Bedeutung die KPdSU für die Geschichte des Landes hat. Vor allem mit der Partei, mit ihrer politischen und praktischen Tätigkeit verbinden die sowjetischen Menschen den Erfolg weiterer revolutionärer Wandlungen auf dem Wege der Umgestaltung.

Das Politbüro hat die derzeitige Situation und den Charakter der Probleme, die vor dem Land stehen und eine Analyse erforderlich, allseitig abgewogen und ist zu der Schlussfolgerung gelangt, daß der ordentliche Parteitag früher einberufen und in der zweiten Oktoberhälfte 1990 durchgeführt werden sollte.

Die Umgestaltung, die vom Aprilplenum (1985) des ZK der KPdSU und vom XXVII. Parteitag eingeleitet wurde, durchläuft heute eine verantwortungsvolle, ich möchte sagen, eine Umbruchstapelle. In der Gesellschaft vollziehen sich stürmische revolutionäre Veränderungen. Die Besonderheit des jetzigen Moments besteht darin, daß die Konzeption der Umgestaltung auf allen Gebieten in direkte Berührung mit dem Leben getreten ist, daß sich die praktische Umwandlung der ökonomischen und politischen Strukturen vollzieht und neue Wirtschaftsformen und -methoden erlernt werden.

Wir sagen zu recht, daß unsere Gesellschaft in den letzten Jahren einen großen Weg zurückgelegt hat. Das ist in der Tat so. Geht es doch um den Durchbruch des Landes zu Demokratie, Freiheit und Offenheit, um die konsequente Neubewertung der veralteten theoretischen Vorstellungen, um die revolutionäre Erneuerung der Gesellschaft. Wenn

man all dies in der Gesamtheit bewertet, so ist das Land schon ganz und gar nicht mehr jenes Land, das es zu Beginn der achtziger Jahre war.

Es steht auf einem anderen Blatt, daß wir noch weit von den großangelegten Zielen entfernt sind, die wir uns gestellt haben — das Erreichen eines qualitativ neuen Zustandes unserer Gesellschaft, eines neuen, humanen und demokratischen Antlitzes des Sozialismus. Dazu muß die Konzeption der Umgestaltung vertieft und in die Praxis umgesetzt werden, indem man sich dabei schon auf ihre eigene Basis, auf die von Partei und Volk in der letzten Zeit gesammelten Erfahrungen stützt.

Das Herannahen der Zeit für die Einberufung des Parteitages wird in nicht geringem Maße von der Notwendigkeit diktiert, eine tiefgreifende Erneuerung der Partei selbst unter Berücksichtigung ihrer neuen Rolle als politische Vorhut der Gesellschaft in der Etappe der Umgestaltung zu vollziehen. Die Partei muß heute aktiv und schöpferisch wirken. Zur Zeit wird die Arbeit der Parteilorgane und -organisationen in vielerlei durch alte Strukturen, veraltete Regeln und Instruktionen bestimmt. Es wirkt sich auch aus, daß ein Teil der Funktionäre früheren Stereotypen anhängt. Und wir können die Sache nicht so belassen, denn gerade jetzt, da sich tiefgreifende ökonomische und soziale Prozesse entfalten, findet ein politisch-ideologischer Kampf um die Schlüsselprobleme der gesellschaftlichen Entwicklung statt. Das Wort der Partei, ihre Position, die organisatorische und ideologische Arbeit haben eine außerordentlich große Bedeutung. Wo die Partei vorangeht und wo sie zurückbleibt — das ist eine große und komplizierte Frage. Ich würde sie nicht vereinfachen, wie es einige tun.

Über die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen

Bericht des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. GORBATSCHOW auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 19. September 1989

Genossen! Die Logik der Umgestaltung und das Leben selbst haben uns zu der Erkenntnis geführt, daß auch in den nationalen Beziehungen die Notwendigkeit umfassender, tiefgreifender Veränderungen herangereift ist.

Sprechen wir es offen aus: Wir haben die Notwendigkeit solcher Veränderungen nicht sofort nach dem April 1985 erkannt. Das lag offensichtlich an der verbreiteten Überzeugung, daß bei uns in dieser Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung alles mehr oder weniger gut läuft. Natürlich wußten wir, daß komplizierte nationale Probleme existierten. Sie kamen auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU zur Sprache. Doch das ganze Ausmaß der hier herangelegten Veränderungen stellte sich erst später heraus, und deshalb standen diese Fragen auf der XIX. Unionsparteikonferenz im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Die heutige Situation in den nationalen Beziehungen kann nur als höchst kompliziert bezeichnet werden. Nacheinander drängen die ungelösten Probleme an die Oberfläche, es wirken sich die Fehler und Deformationen von vielen Jahrzehnten aus, und nationale Konflikte, die jahrelang geschwellt hatten, kamen zum Ausbruch. Sozialökonomische und staatsrechtliche, ökologische und demografische Probleme, Probleme der Entwicklung von Sprache und Kultur sowie der Bewahrung nationaler Traditionen verknüpften sich zu einem festen Knoten. Jedes Problem erfordert große Beachtung, dahinter verborgen sich lebendige Menschen, Schicksale ganzer Nationen. Vor uns steht die Aufgabe, den Stand der nationalen Beziehungen im Lande allseitig und von prinzipiellen Positionen aus zu erörtern sowie — gestützt auf die Leninschen Prinzipien, die bestehenden Realitäten und die vorherrschenden Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der Welt — eine moderne Strategie der Partei zur nationalen Frage auszuarbeiten. Über diese Frage wird in der Partei und in der Gesellschaft schon seit langem diskutiert. Es wurde eine umfassende analytische Arbeit geleistet. Ergebnis dessen ist der Entwurf der Plattform der KPdSU, der dem ganzen Volk zur Erörterung unterbreitet und heute dem Plenum des ZK vorgelegt wurde. Der Text des Entwurfes und die dazu eingegangenen Anmerkungen sind Ihnen gut bekannt. Deshalb möchte ich zu einigen Schlüsselfragen Stellung nehmen.

Die nationale Frage und vor allem die Frage des Wechselverhältnisses von Internationalem und Nationalem mußte von unserer Partei in der Etappe der Vorbereitung der Revolution, insbesondere unter den Bedingungen des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, gelöst werden.

In voller Übereinstimmung mit der marxistischen Lehre nahm sie von Anfang an internationalistische Positionen ein. Nach Lenins Verständnis umfaßte der Internationalismus die unbedingte Berücksichtigung der nationalen Interessen, die Achtung der Besonderheiten einer jeden Nation, die Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker und eine unversöhnliche Haltung gegenüber allen Formen nationaler Unterdrückung. Diese Ziele können und müssen durch gemeinsame Anstrengungen der Werktätigen aller Nationen erreicht werden. Dies ist die Leninsche Dialektik des Internationalen und des Nationalen.

Nach der Oktoberrevolution ergab sich für die Partei als praktische Aufgabe, die konkreten Wege und Formen der Verwirklichung der Nationalitätenpolitik zu erarbeiten. Die Sowjetmacht hatte vom Zarismus ein schweres Erbe übernommen: Das Land war von nationalen Widersprüchen zerrissen, die in ihm lebenden Völker waren nicht nur rechtlos, sondern standen auch auf unterschiedlichen Stufen der ökonomischen und geistigen Entwicklung. Unter diesen Bedingungen erlangte die Frage der Struktur des Staates lebenswichtige Bedeutung. Viele waren damals für die Autonomisierung oder sogar für einen Einheitsstaat. Um so größer ist das Verdienst Lenins, der es vermochte, die Stimmungen der Massen und die dringenden Erfordernisse der Entwicklung der Gesellschaft richtig zu erfassen und daraus eine optimale Strategie der Partei in der nationalen Frage abzuleiten.

So entstand die Idee von einer staatlichen Föderation neuen historischen Typs, die eine der wichtigsten Quellen der dynamischen Entwicklung des ganzen Landes und jedes seiner Völker wurde. Der Impuls, der durch die Schaffung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausgelöst worden war, bestimmte die zentrale Entwicklungslinie unserer multinationalen Gesellschaft, auch wenn Stalin und seine Umgebung, ohne die föderative Form der Staatlichkeit direkt anzutreten, im weiteren dennoch bestrebt waren, ihre eigene Vorstellung einer Autonomisierung durchzusetzen.

In letzter Zeit wird bei uns viel und heftig Kritik an den Deformationen im Bereich der nationalen Beziehungen, an den verhängnisvollen Auswirkungen von Überzentralisierung, bürokratischem Leitungsstil und Ungerechtigkeiten in den Beziehungen einer Reihe von Völkern zueinander geübt. Diese Kritik ist berechtigt, mehr noch, sie ist notwendig. In der Geschichte des Sowjetstaates darf es keinen einzigen „weißen Fleck“ geben. Die Gesellschaft muß umfassend und erschöpfend über sämtliche Episoden ihrer Vergangenheit informiert sein, wie bitter sie auch gewesen

sein mögen. Wir dürfen aber, wenn wir die Analyse und die Kritik an den Verzerrungen der Leninschen Nationalitätenpolitik weiterführen und sogar noch vertiefen, nicht zulassen, daß an die Stelle der einen Unwahrheit der Halbwahrheit eine andere tritt.

Wir müssen die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dieses einzigartigen Phänomens in der Geschichte der Menschheit, von streng objektiven Positionen aus betrachten. Fruchtlos und unannehmbar sind Versuche, die Vergangenheit zu idealisieren und diese ausschließlich in rosigten Farben darzustellen. Wie wir bereits gesehen haben, dient das nicht den Interessen der Werktätigen und der Sache des Sozialismus. Ebenso falsch wäre es allerdings, den Weg einer nihilistischen Einstellung zur Vergangenheit einzuschlagen. Das nicht nur deshalb, weil darin Erfahrungen vieler Generationen im Kampf um den Aufbau einer neuen Gesellschaft und bei der Herausbildung neuer Beziehungen zwischen den Völkern enthalten sind, sondern auch, weil wir hier sehr große historische Errungenschaften feststellen können.

Trotz der zugelassenen Deformationen und Fehler muß man das Wichtigste in der Entwicklung des Sowjetstaates sehen. Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich um die Einschätzung des Lebens und des Schicksals, der Gedanken und der Taten von all denen handelt, die diesen Staat aufgebaut, die mit der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes verbundenen Belastungen ertragen, die die Heimat während des Großen Vaterländischen Krieges geschloßener Verteidigt und sie in den Nachkriegsjahren aus den Ruinen wieder aufgebaut haben.

Von unserer Kindheit an sind wir alle in einer gesellschaftlichen Atmosphäre aufgewachsen, die vom Internationalismus buchstäblich durchdrungen war. Die Völkerfreundschaft war für uns keine abstrakte Lösung, sondern alltägliche Realität. Dürfen wir denn das vergessen und auf das internationalistische Erbe unserer Revolution verzichten? Es darf nicht zugelassen werden, daß die gegenwärtig angesauten Schwierigkeiten und Probleme die fundamentalen Werte verwischen, die in den Jahren der Sowjetmacht geschaffen wurden und auf denen unser nationaler Staat basiert. Ich möchte das so sagen: Jegliche Versuche, die realen Errungenschaften im Bereich der nationalen Beziehungen zu verzerrern und gering zu schätzen, schänden das Andenken an einige Generationen sowjetischer Menschen und halten der Kritik nicht stand, sobald sie mit den Tatsachen unseres Lebens konfrontiert werden.

Wenn heute irgend jemand behauptet, die Sowjetmacht hätte für die nationale Entwicklung und die nationalen Beziehungen keinerlei wesentliche Veränderungen im Vergleich zur Zeit Rußlands vor der Revolution gebracht, so ist das nichts anderes als eine gewissenlose Verzerrung der Wirklichkeit, die zum Anheizen nationaler Leidenschaften und zur Rechtfertigung aller möglicher extremistischer Forderungen mißbraucht wird.

Manch einer versteigt sich in seinem nationalistischen Rausch so weit, daß er erklärt, Internationalismus und Völkerfreundschaft seien nichts als bedeutungslose propagandistische Losungen und Mythen, die die reale Sachlage nicht zum Ausdruck bringen. Doch hier gibt es nicht einmal ein Streiflicht. Im Leben unserer Gesellschaft zeigen sich kontinuierlich brüderliche Hilfe, Zusammenarbeit und Anteilnahme an den Angelegenheiten und Sorgen der anderen. Obwohl wir, wie ich bereits sagte, in den nationalen Beziehungen gegenwärtig mit ernsthaften Konflikten und einem Berg von Problemen konfrontiert sind.

Die Frage, was unseren Völkern die Nationalitätenpolitik der KPdSU und die Entwicklung der Sowjetunion gebracht haben, ist von grundsätzlicher Bedeutung. Sehen wir uns die Situation in den drei wichtigsten Dimensionen an: auf politischem, wirtschaftlichem und geistigem Gebiet.

In politischer Hinsicht besteht eines der wichtigsten Ergebnisse des Oktober und der folgenden sozialistischen Veränderungen darin, daß die Völker Rußlands verschiedene Formen der Nationalstaatlichkeit erlangten. Ein Genosse es lohnt sich daran zu erinnern, daß es im zaristischen Rußland keine Ukraine, kein Belorußland, kein Georgien gab, sondern Gouvernements des Russischen Imperiums. Dessen Völker wurden nicht als Nationen betrachtet. Sie wurden nur als Untertanen „Seiner kaiserlichen Majestät“ angesehen. Das gleiche gilt auch für die anderen Völker Transkaukasiens, die Völker des Baltikums und Moldawiens. In Mittelasien war die Situation noch schlimmer. Die administrative Gliederung stütze sich auf Reste einer feudal-theokratischen Despotie.

Nach der Revolution vollzogen sich in enger Überlagerung komplizierte Prozesse der Konsolidierung der Nationen, der Herausbildung ihrer sozialistischen Staatlichkeit und gleichzeitig der Entwicklung des Zusammenwirkens und der Vereinigung in der Föderation. Entscheidende Meilensteine waren in dieser Hinsicht das Jahr 1922, in dem der Vertrag über die Gründung der UdSSR abgeschlossen und das Jahr 1924, in dem die erste Verfassung der Union angenommen wurde. 1940 wurde innerhalb des Bestandes der UdSSR die Moldawische SSR gebildet. Im selben Jahr traten Litauen, Lettland und Est-

land in die Union ein. Dies geschah in einem historisch schwierigen Zeitalter, als bereits der zweite Weltkrieg ausgebrochen war und der Faschismus ein Land nach dem anderen eroberte. Auch über den Völkern des Baltikums schwebte die reale Gefahr der Unterjochung. Gegenwärtig sind um die Ereignisse in jenem Abschnitt der Geschichte umfassende Diskussionen im Gange. Hier muß noch vieles analysiert und bewertet werden. Es besteht jedoch kein Grund, den damals gefaßten Beschluß über den Eintritt der Ostseerepubliken in den Bestand der UdSSR, die von deren Völkern getroffene Wahl in Zweifel zu ziehen.

Klar ist auch, daß die sowjetische Führung, als sie angesichts der faschistischen Gefahr verschiedene Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit des Landes ergriff, größte Verletzungen der Leninschen Prinzipien der Außenpolitik zuließ, welche die Aufteilung von Einflußsphären ablehnt. Das verurteilen wir entschieden. Insgesamt sind wir für die volle Wiederherstellung der historischen Wahrheit, die Geschichte darf nicht subjektiven Vorstellungen und politischen Kalkulationen zuliebe umgeschrieben, nicht den Leidenschaften und Ambitionen des heutigen Tages untergeordnet werden. Man kann den Gang der Ereignisse nicht zurückdrehen. Es geht nur voran, wenn wir uns auf die historische Wahrheit und auf die Realitäten der heutigen Welt stützen.

Im Ergebnis der historischen Entwicklung ist bei aller ihrer Widersprüchlichkeit eine einheitliche sozialistische Staatenunion entstanden, auf deren Territorium über 100 Völker leben. Sie verfügt über eine komplizierte Struktur in Form von Unions- und autonomen Gebieten und Kreisen. Entsprechend haben sich repräsentative Macht- und Verwaltungsorgane sowie andere politische und gesellschaftliche Institutionen herausgebildet, die den Völkern die Wege zu ihrer Einbeziehung in den historischen Schaffensprozess gebnet haben.

Unitarismus und das administrative Kommandosystem, die Rechte der Republik und der anderen nationalen Gebilde einengten, haben jedoch dem Funktionieren dieses Systems und damit auch der Realisierung der vielfältigen Interessen der in unserem Lande lebenden Völker großen Schaden zugefügt, der realen Inhalt der Föderation ausgehöhlt und den Fortschritt unserer ganzen Gesellschaft gebremst.

An dieser Stelle seien auch das in der Vergangenheit, besonders in den Kriegsjahren und in der ersten Nachkriegszeit, zugelassene ungerechtfertigte und gesetzwidrige Vorgehen gegen einige Völker erwähnt. Obwohl es diesbezüglich bereits entsprechende politische Lösungen gibt und prinzipielle Einschätzungen gegeben wurden, muß man heute, da wir über die Frage der Nationalitätenpolitik beraten, noch einmal erklären: Entschieden zu verurteilen sind Fakten von Willkür und Aussiedelung von Völkern aus ihrem Lebensraum in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges. Wir müssen alles für die Wiederherstellung der mißachteten Rechte der Sowjetdeutschen, Krimtataren, Mescheten, Kalmyken, Balkaren, Karaschaier, Tschetschenen, Inguschen, Griechen, Koreaner und Kurden tun. Diese Frage ist nicht einfach und in bestimmter Hinsicht schmerzhaft. Doch wie schwer es auch sein mag, es gibt nur einen Weg — beharrlich nach Lösungen zu suchen, die für alle akzeptabel sind und die jetzigen Realitäten berücksichtigen.

Jetzt zur ökonomischen Seite der Sache.

Durch die zielgerichtete Politik der beschleunigten Entwicklung der ehemaligen nationalen Randgebiete wurde in allen Unionsrepubliken in den Jahren der Sowjetmacht eine eigene stark verzweigte Industrie geschaffen und wurde das Niveau der sozialökonomischen Entwicklung angehoben. Während 1926 die Industrieproduktion pro Kopf der Bevölkerung in den alten Industriegebieten 38 Mal höher lag, als in den nationalen Randgebieten, ging sie 1941 auf das 41-fache zurück und beträgt derzeit rund das 23-fache. Während nach Ende der 50er Jahre die Arbeiter zahlenmäßig nur in der RSFSR, in Estland und Lettland überwogen, so war in praktisch allen Unionsrepubliken der Fall. Während vor dem Krieg viele Völker über keine geschulten Kader verfügten, hat sich die Situation jetzt grundlegend geändert: Sie alle verfügen über solche Kader, einschließlich hochqualifizierter Spezialisten.

In den ersten Jahrzehnten der Sowjetmacht konnte von keinerlei Äquivalenz des ökonomischen Austauschs zwischen den Republikern gesprochen werden. Die Hauptlast der Politik des „Ausgleichs“ lag zu dieser Zeit auf den ökonomischer Hinsicht stärker entwickelten Regionen, in erster Linie auf der RSFSR und der Ukraine. Doch die materielle und technische Hilfe floß nicht immer aus dem europäischen Teil der Union in den asiatischen. Es genügt, an die Jahre des Wiederaufbaus nach dem Krieg zu erinnern. Die ganze Föderation investierte Mittel, um die Zerstörung in den durch die Invasion verwüsteten Gebieten Rußlands, der Ukraine, Belorußlands sowie Moldawiens zu beseitigen und den baltischen Republikern zu helfen, ihre Industrie und Landwirtschaft auf die Beine zu stellen.

Kurz gesagt, in gemeinsamer Anstrengung aller unserer Völker wurde in den Jahren der Sowjetmacht ein gewaltiger Reichtum geschaffen. Jedes Volk ist berechtigt, in diesem Reichtum ein Teilchen

seiner Arbeit zu sehen, ihn auch als sein eigenes Gut, als gemeinsames Kapital zu betrachten. Infolge jahrelanger Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR auf planmäßiger Grundlage wurde ein hoher Grad ihrer Integration erzielt, bildete sich ein einheitlicher Volkswirtschaftskomplex heraus. Dabei handelt es sich nicht einfach um eine Summe von Produktionskapazitäten, sondern um einen einheitlichen Wirtschaftsorganismus, dessen einzelne Bestandteile nicht losgelöst von den entstandenen und sich vertiefenden Verbindungen mit der Volkswirtschaft als Ganzes existieren können.

Wenn ich diese Errungenschaften würdige, bin ich doch zugleich weit davon entfernt zu behaupten, daß bei der Gewährleistung harmonischer Wechselbeziehungen zwischen allen Elementen unserer Volkswirtschaft das Optimum erreicht wäre. Leider gibt es hier viele Rückstände, und die weitere Vertiefung der Arbeitsteilung ist eine wichtige Reserve für unsere Entwicklung. Trotz alledem sind die Wechselbeziehungen in der Volkswirtschaft so eng miteinander verflochten, daß sie sich jeglichen Versuchen, sie zu zerstören, regelrecht widersetzen. Das müssen wir alle voll und ganz erkennen, um den Beschlüssen, die wir im Verlauf der Umgestaltung fassen und weiter fassen werden, nicht in die Irre zu gehen.

Ich möchte einige Zahlen anführen, die ausgehend von der zwischenzeitlichen Bilanz die Beziehungen zwischen den Republikern charakterisieren. Der Anteil der eingeführten Industrieerzeugnisse am Gesamtverbrauch der Republik betrug 1987. In der RSFSR 18 Prozent, in der Ukrainischen SSR 26 Prozent, in der Belorussischen SSR 39 Prozent, in Kasachstan 33 Prozent, in den Transkaukasischen Republikern zwischen 33 und 40 Prozent, in den Ostseerepubliken zwischen 39 und 42 Prozent, in den Republikern Mittelasiens zwischen 37 und 47 Prozent und in der Moldawischen SSR 44 Prozent.

Der mächtige Erdöl- und Erdgas-komplex der Russischen Föderation sichert einen großen Teil des Bedarfs aller Republikan an Energie. Die RSFSR, die Ukraine und Kasachstan liefern das ganze Land mit Metall und produzieren 90 Prozent des Getreides. Mittelasien ist neben vielen anderen Waren der einzige Lieferant des Landes von Baumwolle, Belorußland, Litauen, Lettland und Estland produzieren Erzeugnisse des Präzisionsmaschinenbaus und der Leichtindustrie und gehören zu den Hauptlieferanten von Fleisch, Milch und Kartoffeln. Ein eigenes ökonomisches Profil haben die kaukasischen Republikern und Moldawien. Eine Analyse zeigt, daß praktisch keine einzige Republik auf sich allein gestellt ein solches Potential schaffen könnte, über das sie heute verfügt. Ebenso wenig könnte sie dessen normales Funktionieren und effektive Nutzung gewährleisten. Das ist das Ergebnis vereinter Anstrengungen der Völker.

Das sind die Realitäten. In der Lettischen SSR beispielsweise wird durch Einführen der Bedarf an Brennstoffen zu 96 Prozent, an Elektroenergie zu 50 Prozent, an Eisenmetallen zu 90 Prozent, an Nichteisenmetallen zu 100 Prozent, an Chemierohstoffen zu 80 Prozent und an Maschinenbauerzeugnissen zu 63 Prozent gedeckt. Jährlich werden für die Tierzucht rund eineinhalb Millionen Tonnen Getreide herangefahren — mehr als die Hälfte der hier eingesetzten Futtermittelkonzentrate.

Ein analoges Bild bietet sich in anderen Republikern. Armenien beispielsweise deckt durch Einführen seinen Bedarf zu 100 Prozent an Treibstoff, zu 93 Prozent an der Schwarzmetallurgie, zu 56 Prozent an Erzeugnissen der chemischen und petrochemischen Industrie, zu 32 Prozent an Maschinenbau und Metallverarbeitung, zu 37 Prozent der Fleisch-, und mehr als 64 Prozent der Milcherzeugnisse. In der Usbekischen SSR werden 50 Prozent des Bedarfs an Erzeugnissen der Erdöl- und Gasindustrie, 80 Prozent der Schwarzmetallurgie und 48 Prozent der Dünndarmmetallurgie durch Einführen gedeckt.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das normale Funktionieren eines jeden entwickelten Marktes. Es ist bekannt, wiewohl erbitterter Kampf in der Welt um die Absatzmärkte vor sich geht. Und es ist zweifellos ein großer Vorteil für alle unsere Republikern und Regionen, daß es einen praktisch unbegrenzten Markt der gesamten Union gibt.

Ein Beispiel: Litauen liefert den anderen Republikern Rechen-, Fernseh- und Tonaufnahmetechnik, Erzeugnisse des Werkzeugmaschinenbaus, der elektrotechnischen, der Leicht- und Nahrungsgüterindustrie und erhält dafür technologische Ausrüstungen, Kraftfahrzeuge, Traktoren, Kombines und petrochemische Erzeugnisse aus Rußland, Metall und Kohle aus der Ukraine, Kältdünger aus Belorußland, Baumwolle aus Mittelasien, Buntmetalle und Wolle aus Kasachstan und Obst aus Moldawien und Transkaukasien.

Die gedankliche Durchdringung sowie Schlußfolgerungen aus der Analyse der entstandenen wirtschaftlichen Realitäten sind von prinzipieller Bedeutung für die Erarbeitung einer zeitgemäßen Nationalitätenpolitik. Dabei darf man natürlich jene negativen Prozesse nicht unbeachtet lassen, die Folge einer unvernünftigen Standortverteilung der Produktivkräfte sind. Sie haben zur Entstehung schwieriger ökologischer und demographischer Situationen geführt. Mancherorts fehlen heute bei uns Arbeitskräfte, so daß die errichteten Kapazitäten nicht voll ausgelastet

werden, wodurch die Gesellschaft große ökonomische Verluste erleidet. In anderen Regionen dagegen, vor allem in den Republikern Mittelasiens und in bestimmtem Maße auch in Transkaukasien und Moldawien, gibt es überschüssige Arbeitskräfte. Das ist ein Ausgangspunkt für soziale Spannungen und für die Entstehung von Konfliktsituationen, und zwar auch im Bereich der nationalen Beziehungen. Belege dafür gibt es in jüngster Zeit mehr als genug.

Die Ursachen der entstandenen Situation muß man eingehend untersuchen. All diese Fragen müssen im Rahmen der weiteren Arbeit an der Konzeption der Umgestaltung unserer Wirtschaft gründlich durchdacht werden. Es liegen bezüglich Vorschläge aus Usbekistan vor, auch in den anderen Unionsrepublikern werden solche erarbeitet. Man muß diese Arbeit fortsetzen, damit die ersten ernsthaften Schritte zur Korrektur der Situation bereits im dreizehnten Planjahr fünf unternommen werden können.

In diesem Zusammenhang möchte ich, Genossen, allerdings auf Folgendes hinweisen: Heute sprechen wir, und zwar zu Recht, von unheilvollen Folgen der Überzentralisierung, des Diktats und der Willkür von Leitungsorganen bei der Entwicklung dieser oder jener Wirtschaftszweige. Ich könnte Ihnen aber heute einen ganzen Band zeigen, in dem die in den letzten zehn Jahren eingegangenen Bitten der Unionsrepublikern gesammelt sind, neue Betriebe zu errichten und ganze Industriezweige aufzubauen. Vieles davon, was heute dem Zentrum zur Last gelegt wird, ist als Ergebnis nachdrücklicher und mehrfacher Bitten von Republik- und örtlichen Organen entstanden. Nehmen Sie Stenogramme von Tagungen des Obersten Sowjets der UdSSR und Sie werden sehen, daß diese voll von endlosen Bitten dieser Art sind. Und wie viele Briefe sind bis jetzt beim ZK der KPdSU eingegangen.

Dabei stimmten die örtlichen Machtorgane, im Bestreben, dieses oder jenes Prestigeobjekt zu bekommen, des öfteren selbst den härtesten Bedingungen der zentralen Leitungsorgane zu. Mittel für die soziale Entwicklung wurden in minimalem Umfang bereitgestellt, die Bedürfnisse der Menschen wurden faktisch ignoriert. Diese Probleme sind von allgemeinem Charakter, haben aber in unserem Land einen nationalen Anstrich bekommen.

Im großen und ganzen haben wir in der Wirtschaft etwas, worauf wir uns stützen können, aber auch unendlich viel Arbeit.

Bei der Einschätzung der Situation auf geistigem Gebiet des Lebens unseres aus vielen Nationalitäten bestehenden Landes müssen vor allem die große historische Dimension und Bedeutung jener Arbeit hoch eingeschätzt werden, durch die viele einzigartige nationale Traditionen vor dem völligen Verschwinden bewahrt beziehungsweise wiederbelebt werden konnten sowie ein gewaltiger Aufschwung der Kultur aller Völker gewährleistet wurde.

Häufig verwenden wir die gewöhnliche Wendung, daß einige Völker unter der Sowjetmacht zum ersten Mal eine Schriftsprache bekommen haben. Doch was heißt das? Nimmt man einem Menschen die Möglichkeit, in seiner Muttersprache zu sprechen und zu schreiben, den historischen Weg, das Epos seines Volkes zu verstehen, so fühlt er sich, auch wenn er in materieller Hinsicht noch so vorankommt, seiner Heimat, seiner geistigen Welt beraubt.

Die Leninsche Politik der Kulturrevolution in unserem Land hat trotz aller Deformationen, die es gab, beeindruckende Ergebnisse gebracht. Heute hat jedes unserer Völker seine eigene wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz als Träger der nationalen Kultur, von der auch der Völker der Sowjetunion sowie zu den Schatzkammern des Wissens und der klassischen Kunst in der Welt abhängt. In jeder der Republikern gibt es Wissenschaftszentren, Universitäten und Institute, ein weites Netz der Volksbildung, eigene Theater, Es entwickeln sich das nationale Filmschaffen, die Malerei und die Architektur. Dabei ist bekannt, daß sich viele Richtungen des wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens ohne allseitige Unterstützung durch den Staat und die Fürsorge der Gesellschaft nicht entfalten könnten. All das hat die Sowjetmacht auf sich genommen, und darin besteht ihre so überaus große humanistische Mission.

Wenn man von den Ergebnissen unserer geistigen Entwicklung spricht, darf man nicht die wachsende Verflechtung der nationalen Kulturen außer acht lassen. Im Ergebnis des Zusammenlebens und der gemeinsamen Entwicklung unserer Völker auf dem Weg des Sozialismus formierte sich die sowjetische Kultur, deren Reichtum in der Vielfalt und der Farbigekeit der nationalen Besonderheiten und Traditionen besteht. Auch das sind wertvolle Früchte der Zusammenarbeit der Brudervölker, und wir sind stolz darauf.

Um so weniger ist es zu tolerieren, daß sich neben prägnanten Erscheinungsformen sozialistischer Lebensweise auch auf diesem Gebiet äußerst akute Probleme angehäuft haben. Unbegündet wurden Tausende von gut funktionierenden nationalen Rayons, Siedlungs- und Dorfsowjets aufgelöst, die in den 20er Jahren entstanden waren. Es entstanden Probleme durch unbefriedigte nationale Bedürfnisse bei Menschen verschiedener Nationalitäten, die aufgrund natürlicher Prozesse über alle Regionen des Landes verstreut lebten.

Besonders spitzten sich die Probleme bei der Entwicklung der Sprachen und all dessen zu, was damit zusammenhängt — Bildung, Verlagstätigkeit, Möglichkeiten des Sprachgebrauchs in verschiedenen Bereichen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Unter dem Einfluß wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Faktoren vollzog sich eine gewisse Einschränkung des Wirkungsbereichs der Nationalsprachen, was als Beweis für die früher verbreiteten und zu programmatischen Richtlinien erheben theoretischen Postulate eines beschleunigten Zusammenwachsens der Nationen ausgelegt wurde. Und obwohl diese Prozesse berechtigte Unruhe und Besorgnis in der Gesellschaft hervorgerufen haben, wurden vernünftige Versuche, in sie tiefer einzudringen und eine rationale Lösung zu finden, nicht selten als Nationalismus mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen abqualifiziert. Das Ergebnis einer solchen Praxis war die Herabsetzung der Rolle der Nationalsprachen einiger Völker. Aber ihr Bestreben, die Muttersprache zu erhalten und zu entwickeln, die Werte ihrer Kultur zu mehr, ist verständlich.

Für uns ist es außerordentlich wichtig, eine klare Position zu diesem lebenswichtigen Problem zu erarbeiten, das politischen Charakter angenommen hat und die Interessen der ganzen Bevölkerung des Landes berührt. Dabei geht es um eine Position, die auf der Berücksichtigung aller berechtigten Bestrebungen, auf allgemeiner Übereinstimmung beruht.

Das sind die Hauptergebnisse der Entwicklung unseres multinationalen Landes, so ist, in den allgemeinsten Herangehen an die Realität der Sowjetischen Gesellschaft, von der wir auch ausgehen müssen, wenn wir die nationale Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen ausarbeiten.

II.

Genossen! Im Entwurf der Plattform der KPdSU, die dem Plenum zur Erörterung vorgelegt wurde, geht es natürlich von dem allgemeinen Herangehen an die herangeleiteten Probleme, weil die Annahme der konkreten Beschlüsse eine Prärogative der höchsten Organe der Staatsmacht der UdSSR und der Unionsrepublikern ist.

Die Plattform hat in der Partei, in allen Schichten der Gesellschaft und bei den Vertretern aller Nationalitäten, die in unserem Land leben, lebhaftes Interesse gefunden. Ihre Grundsätze werden weitgehend unterstützt. Es wurden viele Meinungen und interessante Vorschläge geäußert. Es kam auch vor, daß einige Thesen kritisiert wurden. Die Plattform ist auch im Ausland sehr aufmerksam registriert worden. Das hängt sowohl mit dem regen Interesse für die in unserem Land vor sich gehenden Umgestaltungsprozesse als auch damit zusammen, daß es heute in vielen Ländern nationale Probleme gibt — ich würde sagen, sie haben globalen Charakter.

Bei der Einschätzung und Bewertung des Entwurfs der Plattform haben sie selbstverständlich festgestellt, daß ihr gesamter Inhalt in ganz unmittelbarem Zusammenhang mit dem Komplex der Aufgaben steht, die wir im Rahmen der Umgestaltung der politischen und ökonomischen Reform lösen. Das ist natürlich. Hier existiert ein echter dialektischer Zusammenhang, dem wir sowohl in der Politik als auch in der praktischen Tätigkeit Rechnung tragen müssen. Wir haben uns ja auf der Grundlage der leninschen Ideen und Prinzipien die Aufgabe gestellt, die Gesellschaft zu rekonstruieren und zu erneuern. Doch alle unsere Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart weisen darauf hin, daß wir nicht auf einen Erfolg der Umgestaltung rechnen können, wenn die Probleme in den nationalen Beziehungen nicht gelöst werden. Und genauso unmöglich ist es, ohne Entfaltung der Umgestaltungsprozesse sowie ohne Demokratisierung und Humanisierung der sozialistischen Gesellschaft diese Probleme zu lösen und der Entwicklung der sowjetischen Föderation einen neuen Impuls zu verleihen.

Ferner möchte ich Ihr Augenmerk darauf lenken, daß wir nicht zufällig die Notwendigkeit hervorheben, die Nationalitätenpolitik zu erneuern. Es geht nicht darum, das bis jetzt Geleistete zu verwerfen. Doch in der jetzigen Etappe, da unsere Gesellschaft grundlegend verändert wurde, ist es wirklich erforderlich geworden, eine solche Nationalitätenpolitik auszuarbeiten, die die Lösung der herangeleiteten Entwicklungsprobleme des Landes gewährleisten und den Realitäten der Gegenwart entsprechen würde. Auf einem solchen Herangehen beruht die Plattform. Ihr, wenn Sie wollen, tiefer philosophischer Sinn besteht darin, die optimalen Formen im Verhältnis der Beziehungen zwischen dem Internationalen und dem Nationalen sowie für die Anwendung dieser marxistisch-leninistischen Idee in der gegenwärtigen Situation festzulegen. In praktischer und politischer Hinsicht geht es um die Gewährleistung der Voraussetzungen für eine freie und allseitige Entwicklung jeder Nation und die Festigung der Union, die die Quelle des Wohlstands aller unserer Völker ist.

Schlüsselfrage hierbei, der besondere Beachtung geschenkt werden muß, ist der Weg zur Verwirklichung des Leninschen Prinzips der Selbstbestimmung der Nationen unter den heutigen Gegebenheiten. In den vergangenen Jahrzehnten wurden hier zahlreiche Verzerrungen zugelassen. Sie setzten sich in gewissem Maße leider auch im ge-

sellschaftlichen Bewußtsein fest. Deshalb muß in dieser für unsere Theorie und unsere Politik so grundlegenden Frage eine exakte Klärung vorgenommen werden.

Vor allem muß hervorgehoben werden, daß die Partei die Leninsche Nationalitätenpolitik, einschließlich eines so grundlegenden Prinzips wie das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, konsequent durchsetzen wird. Fruchtlos und verurteilungswürdig sind Versuche zu behaupten, es gäbe keine Selbstbestimmung der Völker der UdSSR, Versuche, diese einzig und allein auf Lösung zu reduzieren, und dadurch jenes universelle Prinzip der Lösung der nationalen Frage einzuzengen. Alle unsere Erfahrungen, und nicht nur unsere, bezeugen die Notwendigkeit, die Selbstbestimmung nicht lediglich als einen einmaligen Akt im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Rechts auf Lösung anzusehen. Es ist ein komplizierter, vielschichtiger Prozeß der Wahrung der nationalen Würde, der Entwicklung von Sprache und Kultur, der Festigung der politischen Selbständigkeit, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

Von diesem Standpunkt gesehen, stellt der Komplex von Maßnahmen, die im Rahmen der Umgestaltung verwirklicht werden, eine neue, wichtige Etappe bei der Realisierung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung dar. Unter den heutigen Bedingungen findet dieses Prinzip seinen optimalen Ausdruck in der Selbstverwaltung, die die Aufrechterhaltung der nationalen Eigenart, des Rechts eines jeden Volkes, die Souveränität umfassend zu nutzen, die Fragen seiner ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung selbstständig zu entscheiden, gewährleistet. Gleichzeitig setzt die Selbstverwaltung den freiwilligen Zusammenschluß der Republikern und nationalen Gebilde für die Lösung der für alle gemeinsamen Aufgaben und deren organische Einbeziehung in die Entwicklung des ganzen Landes voraus.

Die gegenwärtige Etappe der Selbstbestimmung der Nationen setzt eine bedeutende Erweiterung der Rechte der Republikern, die entschiedene Beseitigung der Verzerrungen und Deformationen, die es in der Vergangenheit gab und deren verderbliche Folgen bis heute auf den verschiedenen Gebieten des Lebens unserer Gesellschaft zu spüren sind, auf die Tagesordnung. Vorgesehen ist vor allem ein Komplex von Maßnahmen, die auf die Festigung der politischen Selbständigkeit der Unionsrepublikern und die Erfüllung ihrer Souveränität mit realem Inhalt gerichtet sind.

Die klare Abgrenzung der Vollmacht der Machorgane von Union und Republikern wird es lassen gestalten, alle Fragen ihres Lebens mit Ausnahme jener, die ihnen freiwillig an die Union übergeben werden und an deren Lösung sie übrigens ebenfalls über entsprechende politische Mechanismen teilnehmen werden, nach ihrem Ermessen zu entscheiden.

Während der Union die für die Realisierung der gemeinschaftlichen Vollmachten vorbehalten bleiben, ist eine grundlegende Änderung der früheren Praxis vorsehen, bei der die Zentralgewalt das Recht hatte, praktisch jede Frage selbst zu erörtern und zu entscheiden, wodurch die realen Vollmachten und die Souveränität der Republikorgane zu einer weitgehend formalen Angelegenheit wurden. Auf diese Weise wird die Frage gelöst, ob das Unions- oder das Republikgesetz Priorität genießt.

Der neue Charakter der Beziehungen innerhalb der Föderation muß in der Verfassung der UdSSR seine rechtlichen Garantien finden. Ich habe schon erwähnt und möchte diesen Gedanken ausführen, daß die Erweiterung der Rechte der Republikern und die Stärkung ihrer Souveränität in einer beträchtlichen Zunahme ihres Einflusses auf Angelegenheiten der gesamten Union zum Ausdruck kommen müssen. Bei den neuen Strukturen der Staatsmacht, die im Verlauf der politischen Reform geschaffen werden, ist schon vieles in dieser Richtung getan worden. Das betrifft sowohl die Zusammensetzung des Obersten Sowjets der UdSSR und seines Präsidiums als auch den geplanten Arbeitsmodus des Komitees für Verfassungsaufsicht. Jetzt soll weitergegangen werden, indem nicht nur die juristischen, sondern auch die politischen Voraussetzungen für eine umfassendere und aktivere Teilnahme der Republikern an der Lösung von Problemen der gesamten Union geschaffen werden. Dieses Herangehen muß auch in der Kaderpolitik seinen Niederschlag finden. Es muß eine breite Beteiligung von Vertretern aller unserer Völker an den Staats- und Gesellschaftsorganen der Union und am Verwaltungssparat gewährleistet werden — selbstverständlich unter Berücksichtigung der beruflichen Eigenschaften der Menschen.

Im Komplex von Problemen, die mit der Umgestaltung unserer Föderation, dem weiteren Ausbau der Rechte und der Festigung der Souveränität der Unionsrepublikern zusammenhängen, müssen auch die herangeleiteten Fragen der Entwicklung der RSFSR erörtert werden. In letzter Zeit sind sie in den Mittelpunkt von Diskussionen nicht nur in der Russischen Föderation selbst, sondern im ganzen Land gerückt.

Sowohl hinsichtlich ihrer Position in der Union als auch in Bezug auf ihre interne Struktur ist die RSFSR ein überaus komplizier-

Bericht M. S. GORBATSCHOWS

(Schluß)

tes national-politisches und kulturell-ethnisches System. Durch die vom Oktober 1917 eingeleiteten gewaltigen revolutionären Wandlungen wurde das Gesicht Rußlands grundlegend verändert. Es ist bekannt, welche Rolle Rußland und das russische Volk gespielt haben, als das ganze Land den Weg revolutionärer Umgestaltungen einschlug, wie auch bei der Überwindung der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit vieler Völker und beim Schutz der Errungenschaften des Oktober.

Die zugelassenen Deformationen haben sich jedoch auf Rußland ebenso wie auf alle anderen Unionsrepubliken negativ ausgewirkt. Davon zeugen ungünstige demographische Tendenzen, zahlreiche Fakten der unrationellen Nutzung von Naturressourcen und deren Vergeudung und die auffallende Entvölkerung solcher russischer Gebiete wie das Nichtschwarzerdegebiet und einige andere Regionen. Im Kusnez-Becken, im Ural, an der Wolga, am Baikalsee, in den Gebieten des Nordens entstand durch schwerwiegende Fehlentscheidungen bei der Standortverteilung und Entwicklung der Produktivkräfte eine akute ökologische Situation. Viele Regionen, Gebiete und autonome Gebilde sind in der sozialen Entwicklung deutlich zurückgeblieben. Legitim ist die Sorge um den Erhalt und die Wiederherstellung wertvoller Denkmäler aus alten Zeiten, mit denen die Geschichte und die Kultur des russischen und anderer Völker der Republik untrennbar verbunden ist. Ernsthaft besorgt ist die Öffentlichkeit der Russischen Föderation und des ganzen Landes über die Lage der kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens.

Die Lösung all dieser Probleme verlangt tief- und weitgehende Maßnahmen, darunter auch solche organisatorischer und politischer Art. Unter Berücksichtigung zahlreicher Vorschläge werden in der Plattform Lösungswege für die Vervollkommnung der Staatsstruktur der Russischen Föderation und ihre Rolle in der Union gewiesen. Sie wurden breit erörtert und sowohl in der RSFSR selbst als auch in der Union insgesamt gebilligt. Das stellen wir mit Genugtuung fest. Ich denke, daß das Plenum des Zentralkomitees diese Vorschläge unterstützen wird. Was die Formierung der Parteistrukturen der Republik betrifft, könnten wir bereits jetzt mit der Überarbeitung dieser Fragen beginnen.

In Änderungen zur Plattform, den Teil, wo es um den Übergang zur regionaler Leitung in Zukunft geht, wird Besorgnis geäußert, daß dies zur Schwächung der Beziehungen zwischen ihnen führen könnte. Ich muß sagen, daß diese Besorgnis unbegründet ist. Im Gegenteil, die Vervollkommnung der Wirtschaftsleistung in territorialer Hinsicht wird es nicht nur ermöglichen, soziale, ökologische und andere Aufgaben am Ort besser zu lösen, sondern auch zur Entwicklung der Kooperation in der Arbeit zwischen allen Teilen der RSFSR sowie zur dynamischen Entwicklung der RSFSR als einheitlicher wirtschaftlicher und politischer Organismus im Interesse aller dort lebenden Völker beitragen.

Im Rahmen der Umgestaltung der sowjetischen Föderation ist es von großer Bedeutung, der sowjetischen Autonomie einen neuen Status zu geben. Das ist der Sinn der Vorschläge der Plattform, die die Erweiterung der Rechte der autonomen Republiken auf allen Gebieten des staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus sowie die Festigung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit betreffen. Dasselbe Ziel verfolgt die Erweiterung der Rechte der autonomen Gebiete und Kreise sowie die Möglichkeit, dort nationale Rayons zu gründen, wo Nationalitäten eng zusammenleben, und landesweite Bürgerräte zahlenmäßig großer Nationen zu bilden, die keine eigene territoriale Autonomie besitzen.

Sie haben sicher aufmerksam das Vorschlag zur Umformung einer Art der Autonomie in eine andere unterbreitet und Wünsche geäußert, wurden, einige autonome Republiken in Unionsrepubliken umzuwandeln. Genossen, es muß mit aller Bestimmtheit gesagt werden: Realistisch gesehen und angesichts der Situation, in der wir uns befinden, besteht das Wichtigste darin, die Rechte der Völker, die in dieser Form von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen, beträchtlich zu erweitern und in der Praxis zuverlässig zu gewährleisten.

Ich möchte auf eine weitere prinzipielle Frage eingehen. Die Reaktionen auf die Plattform enthalten Vorschläge zu territorialen Veränderungen, zu einer Änderung der Grenzen der nationalstaatlichen und administrativen Gebilde. Dafür werden Argumente unterschiedlicher Art angeführt. Auf dem Plenum muß diesbezüglich eine konsequente und eindeutige Position formuliert werden. Wir gehen davon aus, daß die jetzige nationale und territoriale Gliederung kein Hindernis darstellt, daß Menschen aller Nationalitäten in jedem beliebigen Gebiet des Landes normal leben können. Auf die Schaffung der entsprechenden Voraussetzungen müssen besondere Anstrengungen gerichtet werden. Den Weg einer Veränderung der administrativ-territorialen Karte des Landes einzuschlagen, hieße nur, die ohnehin schon nicht leichte Situation zu komplizieren und das Erreichen der auf eine Verbesserung des Lebens aller sowjetischen Menschen und aller Völker gerichteten realen Ziele der Umgestaltung faktisch auf unbestimmte Zeit aufzuschieben.

Unsere neue Nationalitätenpoli-

lik ist berufen, breite Möglichkeiten für die Befriedigung spezifischer Interessen eines jeden Volkes und damit zugleich für die Festigung der Garantien für die Rechte der Bürger unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit zu gewährleisten. In der Plattform sind eine Reihe von Maßnahmen aufgeführt, die auf dieses Ziel gerichtet sind. Ich füge hinzu, daß sie voll und ganz den Verpflichtungen entsprechen, die wir international eingegangen sind. Mit ihrer Verwirklichung lösen wir zugleich wichtige Aufgaben bei der Herausbildung eines sozialistischen Rechtsstaates in der UdSSR.

Man muß im Auge behalten, daß im Ergebnis ökonomischer, sozialer und demographischer Prozesse, der Migration zwischen den Nationen bei uns mehr als 60 Millionen Menschen außerhalb der Grenzen ihrer nationalen Republiken leben. Und man kann natürlich keine wie auch immer gearteten Probleme ohne die Berücksichtigung der legitimen Interessen und Rechte dieser unserer Mitbürger lösen. Hier darf keinerlei Diskriminierung zugelassen werden.

Der Schutz der Rechte und Freiheiten des Menschen, des Bürgers, der Persönlichkeit ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Entwicklung der modernen Zivilisation. Kürzlich hat die UdSSR auf dem Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Helsinker Schlussakte in Wien ihre Unterstützung unter deren Abschlußdokument gesetzt.

Ich erinnere insbesondere deshalb daran, weil real den Bedingungen des real funktionierenden föderativen Staates die Aufgabe der Erneuerung der Gesetzgebung über die Bürgerrechte vielgestaltig wird. Es geht nicht nur um die Gesetze der UdSSR. Die Republiken sind ebenso verpflichtet, alle international-rechtlichen Verträge einzuhalten, die im Namen der Sowjetunion — das heißt, im Namen aller ihrer Republiken — unterzeichnet wurden.

Es ist notwendig, die Rechte der Bürger der UdSSR allseitig stärker zu schützen. Das ist um so deutlicher hervorzuheben, als sich Fälle der Diskriminierung von Menschen anderer Nationalität häufen. Immer öfter werden wir mit Versuchen von Gegnern der Umgestaltung sowie gesellschaftlichen Elementen und Gruppen konfrontiert, alles auf die „nationalistische Karte“ zu setzen und den über Jahrzehnte aufgestauten Unmut der Menschen auf den Bereich der nationalen Beziehungen zu lenken. Für uns sind jegliche Erscheinungen von Nationalismus und Chauvinismus sowie das Schüren von Feindseligkeit gegenüber irgendeinem Volk unannehmbar.

Wir haben den Kurs auf die demokratische Entwicklung der Gesellschaft eingeschlagen und werden ihn entschlossen verfolgen. Doch muß man unbedingt friedliche Demonstrationen und Meetings, die im Rahmen der Verfassung durchgeführt werden, von extremistischen Zusammenrottungen unterscheiden, die nationale Zusammenstöße provozieren und Menschen anderer Nationalität terrorisieren und einschüchtern. Gegenüber derartigen Personen und Gruppen sind Charakterchwäche und Verzeihen einfach unheilvoll, bisweilen sogar sträflich. Die Ereignisse in Transkaukasien, im Gebiet Fergana und in Nowy Usen haben bei kaum jemandem Zweifel daran gelassen.

Die sowjetischen Gesetze stellen das Schüren nationaler Zwietracht unter Strafe, und die Rechtsschutzorgane müssen für ihre unbedingte Befolgung sorgen. Es darf nicht länger geduldet werden, daß viele aus nationalistischen Motiven begangene Straftaten aufgrund von Unzulänglichkeiten im Rechtspflegemechanismus ungestraft bleiben. Es ist auch an der Zeit, klar und in der gewichtigen Sprache des Gesetzes die Bedingungen zu benennen, unter denen nationalistische, chauvinistische und andere extremistische Organisationen auf dem Rechtswege verboten und aufgelöst werden können. (Beifall). Ich sage es ganz deutlich: Wir werden nicht von politischen Methoden die Probleme mit politischen Methoden zu lösen, dort aber wo das die Bräutigam der Situation verlangt, wo die Sicherheit und das Leben von Menschen gefährdet sind, werden wir entschlossen handeln und die ganze Kraft der sowjetischen Gesetze zur Anwendung bringen. (Beifall).

In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf die gegenwärtige Situation eingehen, die in Armenien und in Aserbaidschan im Zusammenhang mit dem Autonomen Gebiet Nagorny Karabach entstanden ist. Der hier ausgebrochene Konflikt hat einen langwierigen und überaus brennenden Charakter angenommen. Die Genossen wissen, daß wir von Anfang an bestrebt waren, ihn mit politischen Mitteln zu regeln, um es in erster Linie nicht zu einer Komplizierung des normalen Lebens und der normalen Arbeit der Bevölkerung des Autonomen Gebiets und der beiden Republiken kommen zu lassen. Wiederholt fanden im ZK der KPdSU mit der Führung Armeniens und Aserbaidschans, mit Deputierten der Obersten Sowjets der Republiken sowie mit Vertretern von Werktätigen Begegnungen statt. Es wurde ein umfassender Beschluß des Ministerrats der UdSSR gefaßt, der auf die Lösung der sozialen Probleme des Gebietes abzielte. Später wurde das Komitee für die Sonderverwaltung des Autonomen Gebietes Nagorny Karabach gebildet. In dieses Gebiet wurden mehrmals hochrangige Kommissionen entsandt, darunter auch des Kongresses der Volksdeputierten.

Leider führten all diese Maßnahmen nicht zu den gewünschten Ergebnissen. Der nationale Zwi-

haben ihre angestammte Heimat verlassen, der Verkehr ist gestört, es wird endlos gestreikt, es kommt zu direkten Zusammenstößen — so ist die Situation heute. Offen gesagt müssen wir entscheidende Maßnahmen treffen, um Anarchie, erst recht Blutvergießen zu verhindern. Wir müssen alles tun, um normale Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen, damit sie der Zukunft sicher sein können.

Ich denke, daß wir im Namen des Plenums an die Führung, die Werktätigen Armeniens und Aserbaidschans appellieren müssen, einzuhalten und zu begreifen, daß ein weiteres Schüren des Konflikts verheerende Folgen für beide Völker hätte, die über Jahrhunderte nebeneinander lebten und weiter leben müssen. (Beifall).

Genossen! Die Gewährleistung radikaler Umgestaltungen der Föderation ist untrennbar verbunden mit der Vervollkommnung der ökonomischen Verhältnisse und der Leitung der Volkswirtschaft. Diese Problematik ist in der Plattform ausreichend behandelt worden. Ohne ihrer Erörterung vorgreifen zu wollen, möchte ich einige Überlegungen dazu äußern.

Vor allem dürfen wir auf keinen Fall unter dem Druck der gegenwärtigen Schwierigkeiten bei der Ausarbeitung prinzipieller ökonomischer Entscheidungen für die Zukunft Fehler machen. Diese Entscheidungen müssen sowohl die objektiv notwendige Entwicklung der arbeitsteiligen Integration als auch die Notwendigkeit ökonomischer Selbstständigkeit in Rechnung stellen.

Autarkiebestrebungen und Versuche überdurchschnittlich entwickelter Republiken und Gebiete, sich zu isolieren und abzukapseln, wären unter den heutigen Bedingungen überaus gefährlich. Das kann höchst negative Folgen für die gegenwärtigen und die nächsten Generationen zeitigen, die einen solchen Weg eingeschlagen haben.

Auf dem Plenum des Zentralkomitees müssen wir im Angesicht aller Völker der Sowjetunion nochmals sagen, daß sie Demagogen kein Gehör schenken dürfen, die verheimlichen, wohin die Verwirklichung ihrer mit dem angenehmen Beigeschmack der Unabhängigkeit, der Lostrennung und so weiter präsentierten Lösungen führen würde. Sie spielen ein verantwortungsloses Spiel mit dem Schicksal der Völker. Wer wagt es denn eigentlich, unsere miteinander verflochtenen, durch unzählige ökonomische, politische, soziale, geistige, menschliche und Familienbande verknüpfte Gesellschaft zu teilen und zu zertrennen. Nur Abenteuer können dazu aufrufen. (Beifall).

Die Grundlage des wissenschaftlich-technischen, ökonomischen und sozialen Fortschritts bilden heute territoriale Arbeitsteilung, Integration und Ausschöpfung des von der ganzen Gesellschaft zusammengetragenen Potentials. Das besagen nicht nur unsere Erfahrungen, sondern die gesamte internationale Praxis.

Für die effektive Entwicklung aller Republiken und Regionen ist unter unseren Bedingungen die organischere Einbeziehung aller in die unionsweite Arbeitsteilung von prinzipieller Bedeutung. Manche Genossen beklagen allerdings, daß es bei uns mit der Arbeitsteilung und der Preisbildung nicht zum besten steht und daß die Vertragsdisziplin zu wünschen übrig läßt. Das stimmt alles. Doch können wir uns heute, da wir die Weichen für die künftige Entwicklung der Wirtschaft stellen, in unseren Prognosen nur auf die Konstanz der Mängel eines Systems berufen, das wir aus der Vergangenheit übernommen haben? Sie können und werden durch die Entwicklung der Wirtschaftsreform beiseite gelassen, womit wir uns heute auch befassen. In erster Linie sollte auch davon die Rede sein, wie diese Reform zu verwirklichen ist, um alles auszumergen, was Beunruhigung hervorruft, was der Entwicklung der Wirtschaft des ganzen Landes und einzelner Regionen Schaden zufügt.

Wir wissen sehr wohl, daß im Rahmen des bis auf das äußerste zentralisierten administrativen Weisungssystems nicht nur eine ungehinderte Umverteilung der Mittel von den besten Betrieben an zurückgebliebene Betriebe praktiziert wurde. Dasselbe geschah auch zwischen den Wirtschaftsregionen des Landes. Offen gesagt, es wurde den einen etwas weggenommen, um Schulderei und Faulheit der anderen zu decken. Dies widerspricht klar und deutlich dem Grundprinzip des Sozialismus, läßt Schmarotzertum aufkommen.

Die Realisierung der in der Plattform vorgesehenen Maßnahmen wird es ermöglichen, derartige anormale Erscheinungen auszuschalten, die die Interessiertheit an Ergebnissen der Wirtschaftstätigkeit untergraben. Wir haben diesen Weg bereits eingeschlagen, indem wir die entsprechenden Initiativen Belorusslands, Litauens, Lettlands und Estlands unterstützen. Gleichartige Vorschläge werden für andere Republiken und Regionen ausgearbeitet. Ein solches Herangehen wird allen die Möglichkeit bieten, Unternehmungsgeist zu zeigen, wird das Wachstum der ökonomischen Effektivität fördern. Es werden sich die Mittel vergrößern, die den Republik- und örtlichen Machtorganen zur Verfügung stehen und für die Lösung sozialer Probleme verwendet werden können. Der ökonomische Zustand der Republik und der Region wird von den Ergebnissen der Wirtschaftstätigkeit abhängen.

Wenn man die große Bedeutung des Prinzips der ökonomischen Selbstständigkeit unterstreicht, so muß dies in organischer Verbindung mit dem Übergang der Betriebe auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung betrachtet werden. Besonders wichtig ist, daß wir alle, Genossen, das verstehen, weil es hier noch viel Wirrwarr gibt. Man muß unverblümt sagen, daß eine wirkliche Selbstständigkeit ohne

die Lösung dieser grundlegenden Aufgabe nicht gewährleistet werden kann. Erst recht darf nicht zugelassen werden, daß ein zentralistisches Diktat lediglich von einer Ebene auf die andere verlagert wird. In diesem Falle würde der einheitliche Markt, den wir vervollkommen wollen, und auf dem die Betriebe mit wirtschaftlicher Rechnungsführung die Hauptakteure sind, durch regionale Zäune getrennt sein.

Ist das wirklich das, was wir anstreben? Dann müßten nämlich entstehende Probleme nicht in einem Zentrum, sondern in 15 beziehungsweise in Hunderten von Zentren gelöst werden.

Kürzlich hatten wir ein Treffen mit Genossen aus den Ostseerepubliken und sprachen darüber, was eigentlich RAF ist. Das ist ein gutes Unternehmen, stellt ein Auto her, das gebraucht wird, das auch im Ausland gefragt ist, und dazu werden Bauteile aus einigen Hundert Betrieben des Landes geliefert. Wenn etwas zur Vervollkommnung des RAF ausgedacht wurde, um das technische Niveau zu heben, dann müssen alle einbezogen werden.

Deshalb ist die wirtschaftliche Rechnungsführung der Unternehmen eine zentrale Frage der ökonomischen Selbstständigkeit. Von ihr haben sowohl die Republik als auch die örtlichen Sowjets, die von den Unternehmen Zuführungen nach Normativen erhalten werden, ihren Vorteil. Um es anders auszudrücken, für uns ist eine weitgehende Dezentralisierung in der Ökonomik lebensnotwendig. Und ein ebenso nachdrückliches Erfordernis ist die Realisierung der gesamtstaatlichen Programme, die mit der Entwicklung der Basisbranchen und der wirtschaftlichen Infrastruktur, mit der Organisation von grundlegenden wissenschaftlichen Forschungen, der Aufrechterhaltung einer zuverlässigen Verteidigungsfähigkeit des Landes, der Lösung der großen ökologischen Probleme, der Überwindung der Folgen von Naturkatastrophen und der Teilnahme der Wirtschaft an der internationalen Wirtschaft und Politik zusammenhängen.

Ungeachtet der bedeutenden Ergebnisse der Politik der „Angleichung“ bestehen in dieser Hinsicht weiterhin ernsthafte Probleme. Ich möchte die Frage aufwerfen: Müßten wir nicht beim Übergang zur regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung ein solches System von ökonomischen Hebeln* und Stimuli ausarbeiten, das es ermöglichen würde, unter effektiver Nutzung der Mittel des Staatshaushalts zielgerichtet einen Kurs auf die Lösung der dringenden Probleme der zurückgebliebenen Regionen zu betreiben? Man möchte meinen, der Regierung müßte schon jetzt ein solcher Auftrag erteilt werden, da die Realisierung dieser Arbeit mit der Gewährleistung wirtschaftlicher Selbstständigkeit für die Republiken verbunden ist.

Im Verlaufe der Diskussionen zu ökonomischen Aspekten der zwischenstaatlichen Beziehungen stehen Fragen des Eigentums beinahe immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Die Vervollkommnung des sozialistischen Eigentums ist die Schlüsselfrage der Umgestaltung. Sagen wir es gerade heraus, wenn wir die auf diesem Gebiet herangereiften Veränderungen nicht vornehmen, werden wir die Entfremdung der Werktätigen von den Produktionsmitteln nicht überwinden, das Interesse an gewissenhafter und vollwertiger Arbeit nicht wecken und Unternehmungsgeist nicht stimulieren können. Die Ungelöstheit dieser Frage wirkt sich jetzt auf die praktischen Belange aus, einschließlich der Aufgaben einer optimalen Abgrenzung der Funktionen der Unions-, Republik- und örtlichen Machtorgane.

Die umfassende Erörterung dieses Problems haben wir noch vor uns. Jetzt möchte ich auf folgendes eingehen. Im Zusammenhang mit dem Übergang zur regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung und wirtschaftlichen Selbstständigkeit hat die Frage, wie wir das im Lande geschaffene volkswirtschaftliche Potential am rationalsten und mit größtem Nutzen einsetzen können, große Bedeutung erlangt. In den Diskussionen, die gegenwärtig in der Gesellschaft in großer Breite geführt werden, werden mitunter Vorschläge gemacht, die uns, wenn man sich in der Politik davon leiten ließe, von einem Extrem in ein anderes treiben würden.

In der Tat wollen wir uns von einer übermäßigen Zentralisation, von der Willkür der Behörden gegenüber den Republiken und Regionen lösen, streben wir Lösungen an, die ihnen wirtschaftliche Selbstständigkeit sichern und dazu beitragen, die Fesseln abzuwerfen, die eine effektive Arbeit behindern. All das ist richtig und ist eine natürliche Reaktion auf die Obermacht der zentralen Ministerien und anderer Staatsorgane, unter der alle Republiken und Regionen auch jetzt noch zu leiden haben. Auf diese Obermacht stütze sich auch gerade das administrative Weisungssystem in der Wirtschaftsführung, das sich, wie uns nun allen klar geworden ist, überlebt hat.

Doch es ist auch wichtig zu beachten, daß bei der Umstellung auf die neuen Formen des ökonomischen Lebens all das Positive, das in den vorangegangenen Etappen der Entwicklung der sowjetischen Föderation als einheitlicher Staat geschaffen wurde, in vollem Umfang genutzt werden muß. Bei uns haben sich eine komplexe, wechselseitig verbundene energetische Basis und ein Energieversorgungssystem herausgebildet. Das ist das Fundament unserer Wirtschaft, die Grundlage für die zusehendere Arbeit der Produktionskollektive und die Lösung der Alltagsfragen in allen Republiken. Mit diesen Methoden und unter Berücksichtigung der Aufgaben der Union und der Re-

gionen haben sich das Verkehrs- und Fernmeldesystem und andere nicht weniger wichtige Elemente der Produktionsinfrastruktur entwickelt.

Genossen, sollten wir also nun all das zerstören? Das erinnert an die „revolutionäre“ Lösung, die unter dem Zaren gebaute Eisenbahnlinie zwischen Moskau und Petersburg zu zerstören.

Die vorgeschlagenen Konzeptionen muß man auf sorgfältigste analysieren und dabei vor allem alle möglichen Folgen ihrer Verwirklichung vorhersehen. Wenn wir eine neue Wirtschaftspolitik schaffen, die den Aufgaben und Zielen der Umgestaltung, der Entwicklung der Föderation entspricht und ihr einen neuen Inhalt gibt, dann müssen wir an alles ausgewogen herangehen, mit kühlem Kopf, nicht auf der Grundlage von Emotionen, Ambitionen und auch nicht schematisch. In dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit, die die Lebensinteressen der Völker berührt, darf man, so würde ich sagen auf keinen Fall Verwirrung stiften und unüberlegte Beschlüsse fassen. Das hätte irreparable Folgen. Auf keinen Fall darf man sich bei der Beschlußfassung von Gewaltandrohung und Götze unter Druck setzen lassen, wie das von bekannten Strömungen organisiert wird.

Wenn wir in der Vergangenheit nur Irrtümer und Versäumnisse sehen, sehen wir nicht die Realitäten, die in Jahrzehnten entstanden. Kann man dann überhaupt von ernsthafter Politik reden? Das ist doch kein Lehrputz, von dem man wie es einem beliebt reden kann nach dem Motto, es kommt schon durch, und das war's. Ich möchte nicht, daß das als Ausdruck von Mißtrauen oder Mißbräuten gegenüber den Wissenschaftlern aufgefaßt wird. So ist es auf gar keinen Fall. Ohne Wissenschaft und ihren verantwortungsvollen Beitrag erreichen wir nichts und werden wir nichts begreifen. Aber ich möchte auch nicht, daß unqualifizierte Leute uns mit Gewalt politische Konzeptionen aufdrängen. (Beifall).

Mit anderen Worten, ich möchte unterstreichen, daß in all unseren Verfahrenswesen und Beschlüssen höchste Kompetenz und höchste Verantwortung walten müssen. Und natürlich müssen wir auch die sich grundlegend ändernde Situation im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen in unserem Land berücksichtigen. Gegenwärtig werden im Obersten Sowjet mit Vorrang die Gesetze über das Eigentum, den Boden, die Pacht und die Pachtbeziehungen, die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Republiken die örtlich geleitete Wirtschaft und die örtliche Selbstverwaltung sowie das einheitliche Steuersystem eingebracht. Insgesamt bedeuten sie eine grundlegende Veränderung der Produktionsverhältnisse. Ich würde sagen, Genossen, daß es sich um eine neue Etappe unserer Revolution handelt. Auch unter diesen Bedingungen kann die Nationalitätenfrage nicht von den sich im Lande entfaltenden tiefgreifenden sozialökonomischen Prozessen losgelöst betrachtet werden.

Wir sind auf dem richtigen Weg und müssen standhaft sein, wenn wir die Hauptrichtungen der Politik der Umgestaltung verteidigen. Man möchte uns vorwerfen, daß wir die Probleme des Landes angeblich nicht ohne Einführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden lösen können. Andererseits, ich würde sagen, von rechts will man die gesamte Politik der Umgestaltung fast als Aktion darstellen, die uns aufzuwachen dem Westen geungen ist. Das ist Unsinn. Lassen sie uns nicht nervös werden, sondern die Hauptrichtung der Umgestaltung entwickeln — das Potential des Sozialismus, der Demokratie, das geistige, intellektuelle Potential unserer Gesellschaft aufdecken und dem Sozialismus neuen Schwung geben. Darum geht es. (Beifall).

So verweisen die ökonomischen, wie auch die politischen Faktoren, überzeugend auf die Umgestaltung und die weitere Entwicklung der sowjetischen Föderation auf der Grundlage einer maximalen Festigung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Republiken und Regionen einerseits und der Stärkung des gesamten Volkswirtschaftskomplexes andererseits.

Wenn wir den ganzen Fragenkomplex der weiteren Aufdeckung des Potentials der sowjetischen Föderation behandeln, müssen wir mit besonderer Aufmerksamkeit und Sensibilität an alles herangehen, was den geistigen Bereich angeht. Das betrifft die Wissenschaft, die Kultur, die Traditionen und vieles andere, woran unsere Völker reich sind. Doch heute möchte ich auf das Sprachenproblem eingehen, das sehr brennend geworden ist. Wie muß hier unsere Politik aussehen?

Vor allem gehen wir davon aus, daß die angestammte Bevölkerung der Republiken ohne Zweifel das volle Recht hat, ihre Sprache als Amtssprache zu führen, mit anderen Worten, die rechtlichen Voraussetzungen für deren Wahrung und Entwicklung zu schaffen. Das ist nicht nur eine juristische Frage, Genossen. Das ist auch eine politische Frage, weil es um das Bestehen unserer Völker und ihr verständliches Bestreben geht, ihre nationale Eigenart zu bewahren.

Indes sind alle Völker unseres Landes äußerst daran interessiert, über ein zwischennationales Kommunikationsmittel zu verfügen, zu dem aus objektiven Gründen unter unseren Gegebenheiten die russische Sprache geworden ist. Die Realität ist so, daß dank dieser Sprache alle sowjetischen Men-

schon die Möglichkeit erhalten, ihre Kräfte und ihr Wissen viel breiter und umfassender einzusetzen, an den Schätzen der nationalen und Weltwissenschaft und -kultur teilzuhaben. Anhand der Materialien, über die wir verfügen, kann man feststellen, daß viele Genossen, die an der Aussprache über die Plattform teilnahmen und unsere verschiedenen Nationen vertreten, es für zweckmäßig erachteten, der russischen Sprache den Status einer gesamtstaatlichen Sprache im UdSSR-Maßstab zu verleihen. (Beifall).

Dieser Vorschlag, so scheint uns, verdient die Aufmerksamkeit und Unterstützung der höchsten Staatsorgane. Seine Verwirklichung würde in keiner Weise die Rechte irgendwelcher Nationalitäten schmälern und gleichzeitig eine seriöse rechtliche Grundlage für die Entwicklung des ökonomischen, politischen und kulturellen Austauschs der Völker in unserem multinationalen Land, für ihre gemeinsame schöpferische Tätigkeit sowie aktive Teilnahme am internationalen Leben schaffen.

Heute sind an einigen Orten bei uns Verzerrungen aufgetreten, und schauen sie, wohin das führte. In Fortsetzung der Erörterung der Sprachproblematik müssen wir das Recht aller nationalen Minderheiten auf den Gebrauch ihrer Muttersprache anerkennen. Das betrifft Menschen aus Dutzenden von Nationalitäten, die in verschiedenen Republiken leben. In jüngerer Zeit haben wir voller Sorge und Schmerz gesehen, wie Sprachprobleme zum Grund für die Entzweiung und Abgrenzung von Menschen in einigen Regionen, zum Anlaß für tagelange Meetings, Demonstrationen und Streiks wurden, die schwere Folgen für die Wirtschaft und für die Lebensbedingungen der Bevölkerung hatten. Es ist die Pflicht der Partei- und gesellschaftlichen Organisationen, der Staatsorgane, Künstlerverbände — aller, die Macht ausüben und Einfluß auf die Hirne der Menschen haben, — alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um diesem gefährlichen Kreislauf gegenseitiger Beleidigungen, Anmaßungen und ultimativer Forderungen ein Ende zu setzen. Ich darf wohl die Überzeugung äußern, daß diese Probleme auf der vorgeschlagenen Grundlage, die allen demokratischen Traditionen und auch den Rechtsnormen in der Welt von heute entspricht, geregelt werden können und daß alle Sprachen unserer multinationalen Heimat Raum zur Entfaltung erhalten. (Beifall).

Die Frage, die wir heute erörtern, wird auch von der Rolle der Kirche in den nationalen Beziehungen tangiert. Bekanntlich waren in der Vergangenheit mächtige Zusammenstöße, Feindschaft und Zwietracht zwischen den Menschen unterschiedlicher Nationen weitgehend die Folge religiöser Intoleranz. Dieser Faktor macht sich auch heute des öfteren bemerkbar. Wir wissen zu schätzen, daß die orthodoxe, die islamische und andere Kirchen eine friedensstiftende Haltung einnehmen und hoffen, daß sie ihren Einfluß geltend machen und entsprechend ihren Kräften und Möglichkeiten dazu beitragen werden, nationalen Konflikten vorzubeugen und bereits entstandene zu überwinden.

Heute erhalten die Kirchen die Möglichkeit, unter normalen gesellschaftlichen Bedingungen und in voller Übereinstimmung mit den Verfassungsprinzipien tätig zu werden. Besonders deutlich kam dies darin zum Ausdruck, daß angesehene Kirchenvertreter zu Volksdeputierten der UdSSR gewählt wurden. Der in Vorbereitung befindliche Gesetzentwurf über die Gewissensfreiheit muß den gesamten Komplex von Fragen lösen, die mit der Stellung und der Tätigkeit kirchlicher Organisationen heute zusammenhängen.

Genossen! Ich hoffe, daß das Gesagte hilft, Sinn und Bedeutung der vorgeschlagenen Plattform der KPdSU zur nationalen Frage zu verstehen. Unsere Partei tritt für einen großen und starken föderativen Staat ein, denn sie ist überzeugt, daß dies den Interessen aller zur Sowjetunion vereinten Völker entspricht. (Beifall).

Das war die Position Lenins, und diese Position nehmen wir auch heute ein.

Wichtig ist, sich alle ökonomischen, politischen, geistigen und — wenn sie so wollen — moralischen Grundlagen für die Festigung und Entwicklung unserer Union vor Augen zu führen. Wir stellen die Frage so: Was gibt sie den Republiken?

Vor allem ist das die Zugehörigkeit zu einem der mächtigsten Staaten der Gegenwart, der über gewaltige Naturressourcen, einen entwickelten Volkswirtschaftskomplex, ein Arsenal wissenschaftlicher Kenntnisse, technische Möglichkeiten und Reichtum der Kultur verfügt und imstande ist, seine Sicherheit zuverlässig zu gewährleisten. Jedes Volk in der UdSSR erhält die Möglichkeit, an der Gestaltung und Entwicklung gemeinsamer geistiger Werte teilzunehmen, an ihnen teilzuhaben und durch sie im Unions- und im Weltmaßstab von sich reden zu machen. Weiter. Dank ihrer Zugehörigkeit zu einer erwerbsfähigen Völker die Möglichkeit, vielfältig an den internationalen Beziehungen teilzunehmen, aktiv auf den Gang der Weltereignisse einzuwirken. Der Mechanismus der Realisierung der Rechte der Unionsrepubliken muß, was ihre Teilnahme an der internationalen Tätigkeit angeht, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Bedingungen ausgearbeitet werden.

Dies sind ständig wirkende Faktoren. Doch es gibt auch einen Faktor, der mit dem gegenwärtigen historischen Moment zusammenhängt. Die revolutionäre Erneuerung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft ist das Hauptargument zugunsten der Festigung unserer Union. Eben die Umgestaltung führte uns zur Wandlung der sowjetischen Föderation als wichtiger Bestandteil der Prozesse der Demokratisierung und der Wiedergeburt des Landes. Und allein auf

den Wegen der Umgestaltung, davon bin ich überzeugt, können alle akuten und komplizierten Probleme der Entwicklung der Völker und der nationalen Beziehungen insgesamt erfolgreich gelöst werden.

Schließlich, Genossen, gehe ich auf die Rolle der KPdSU unter den Bedingungen der Umgestaltung unserer Föderation ein. Davon, wie die Partei in der neuen Lage handeln wird, hängt in entscheidendem Maße auch das Schicksal unseres multinationalen Staates ab.

Unsere Partei wurde von Anfang an als Organisation Gleichgesinnter aufgebaut, die von den Ideen des proletarischen Internationalismus erfüllt sind. Der Prozeß ihrer Entstehung war bei weitem nicht einfach. Unter der Führung Lenins wurde die Partei als einheitliche Organisation mit gemeinsamem Programm und einem für alle ihre Mitglieder bindenden Statut geformt, die auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut war.

Daneben ist zu unterstreichen, daß die internationalistische Grundlage in der Partei in keiner Weise eine Geringschätzung der Interessen und Fähigkeiten dieser oder jener ihrer nationalen Abteilungen bedeutete. Dies wurde dank der richtigen Auslegung des Prinzips des demokratischen Zentralismus erreicht. Später wurde er jedoch entstellt, interpretiert, was zu Verzerrung und zum Schaden der Demokratie führte und was sich negativ auf die Lage und die praktische Tätigkeit der Parteiorganisationen, darunter in den Republiken und anderen nationalen Gebilden, auswirken mußte.

Heute müssen wir das Leninsche Verständnis des Prinzips des demokratischen Zentralismus im vollen Umfang wiederherstellen, das ein aktives, pulsierendes Leben aller Parteiorganisationen sowie ihre reale Selbstständigkeit in Fragen der Organisation, der Kaderepolitik und in anderen Tätigkeitsbereichen voraussetzt. Wir brauchen keineswegs Kasernenhofdisziplin, widerspruchsloses Gehorsam, sondern eine Gemeinsamkeit im Handeln, der Erarbeitung gemeinsamer politischer und ideologischer Haltungen zugrunde liegt.

In der Plattform sind einige praktische Schritte zur Erhöhung der Selbstständigkeit der Parteiorganisationen der Republiken dargestellt, einschließlich ihres Rechts, in eigener Regie die Fragen ihrer Organisation zu entscheiden, die Struktur der Parteiorgane zu bestimmen und politische Beschlüsse zu fassen. Die Bereicherung des föderativen Aufbaus durch einen neuen Inhalt muß sich auf die Rolle der Parteiorganisationen in den Republiken auswirken. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Aktionsprogramme im Rahmen des Programms der KPdSU anzunehmen.

Wir alle haben den Beschluß gefaßt, den XXVIII. Parteitag der KPdSU einzuberufen, auf dessen Tagesordnung unter anderem die Ausarbeitung und Annahme eines neuen Statuts der Partei steht. Ganz sicher werden in ihm auch die Fragen der Tätigkeit der Kommunistischen Parteien der Republiken unter Berücksichtigung der Veränderungen der Föderation ihre entsprechende Widerspiegelung finden.

Bei der Akzeptanz all dieser herangereiften Maßnahmen müssen wir uns jedoch entschieden gegen eine Föderalisierung der KPdSU aussprechen. Ich möchte ganz unumwunden sagen, daß dies das Ende unserer Partei in der Form bedeutet hat, daß dies der Umgestaltung der ganzen Sache des Sozialismus irreparable Schäden zufügen würde. Wer diesen Weg ginge, würde schwerste Verantwortung sowohl gegenüber der Partei als auch dem Volk auf sich laden.

Ein Vorschlag, der Unterstützung verdient, ist die Bildung von ZK-Kommissionen für Nationalitätenpolitik und nationale Beziehungen sowie von analogen Kommissionen in den Zentralkomitees der Republikparteioorganisationen, der Gebiets- und Stadtparteikomitees — natürlich dort, wo die Zusammensetzung der Bevölkerung und die Notwendigkeit der ständigen Beachtung der nationalen Probleme dies verlangen. Sicher haben diejenigen Genossen Recht, die der Ansicht sind, daß ein Sekretär des ZK speziell mit diesen Fragen beauftragt werden sollte.

Die Umgestaltung der Partei, für die der XXVIII. Parteitag ein wichtiger Meilenstein sein wird, wird die Erfüllung der überaus verantwortungsvollen Aufgaben ermöglichen, die in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe unserer Gesellschaft vor uns stehen. Und natürlich ist die Haltung der Parteimitglieder heute von immenser Bedeutung. Die Ereignisse in verschiedenen Regionen haben gezeigt, daß ein Teil der Kommunisten der Anarchie aufgewählter nationaler Emotionen nachgibt, daß sie nicht gegen nationalistische Erscheinungen vorgehen oder daß sie sich, was noch schlimmer ist, selbst in solche hineinziehen lassen. Das können und dürfen die Partei und ihre Organisationen nicht dulden. Der Internationalismus war und bleibt eines der wichtigsten Elemente unserer Weltanschauung, das ideologische Credo der Kommunisten.

Zum Abschluß noch folgendes: Wir wissen alle, wie kompliziert die nationale Frage ist und vor welche akuten Probleme sie uns stellt. Sie ist eine heikle und sensible Angelegenheit, die mit Respekt, Geduld und Ausdauer behandelt sein will. Wir sind zu dem Plenum zusammengekommen, um in diesem Geist die angehäuften Probleme zu diskutieren und unter Berücksichtigung der Meinungen und Stimmungen unserer Völker und der ganzen Gesellschaft die optimale Lösung für die schwierigen nationalen Probleme zu finden.

Wir müssen alles tun, damit unser Plenum eine Wende einleitet und die Voraussetzungen für eine Gesundung der Lage in unserem Land, für die weitere Entwicklung unserer Föderation im Interesse aller sowjetischen Völker schafft. (Beifall).

